

1 **39. Parteitag der CDU Thüringen**

2 **Initiativantrag des Landesvorstandes**

3

4 **Beschluss:**

5 **Bekennnis der CDU Thüringen zu Israel und gegen Antisemitismus:**

6 **Wir stehen an der Seite Israels!**

7

8 Am 7. Oktober 2023 hat die Terrororganisation Hamas in einem nie dagewesenen Ausmaß
9 den Staat Israel aus der Luft, vom Meer und am Boden angegriffen. Tausende Raketen wurden
10 auf das Gebiet Israels abgefeuert. Das barbarische und abscheuliche Massaker der Hamas am
11 Boden ist mit weit über tausend Toten der größte Massenmord an Jüdinnen und Juden seit
12 dem Holocaust. Von mehr als 200 Personen, darunter sehr vielen Kindern und Babys, die von
13 der Hamas verschleppt wurden, fehlt nach wie vor jede Spur und letztlich die Gewissheit, ob
14 sie noch leben. Die Berichte über das, was den Opfern angetan und die Hinterbliebenen
15 ertragen müssen, lassen jede Menschlichkeit vermissen. Menschen wurden verstümmelt,
16 vergewaltigt, gefoltert, getötet, abgeschlachtet, verbrannt. Diese Menschen hatten keinen
17 Sicherheitskorridor, diese Menschen wurden nicht gewarnt, diese Menschen hatten keine
18 Chance, ihren Mördern zu entkommen. Mit diesem Terrorangriff hat die Hamas Israel den
19 Krieg erklärt.

20 Der Bundesvorstand der CDU Deutschlands hat mit der Resolution unter dem Leitwort „**Wir**
21 **stehen an der Seite Israels**“ vom 9. Oktober 2023 ein deutliches Zeichen gegen
22 antisemitischen Hass und Terror gesetzt. **Diese Resolution unterstützen wir**
23 **vollumfänglich.**

24 Angesichts der Gräueltaten in Israel ist es unerträglich, dass schon kurz nach dem Massaker
25 nicht nur in Gaza, sondern auch in Deutschland auf den Straßen die Täter gefeiert,
26 antisemitische Parolen gegrölt und die Vernichtung Israels skandiert wurde. **Das darf nie**
27 **wieder passieren!**

28 Aber nicht nur radikale Islamisten haben sich mit den Terroristen auf den Straßen und im
29 Internet solidarisiert. Auch andere Gruppen, darunter auch sogenannte Klimaaktivisten
30 haben durch propalästinensische Kundgebungen und teilweise auch unter dem Deckmantel
31 der Humanität für Gaza die Opfer in Israel auf das Widerlichste verhöhnt und antisemitische
32 Narrative bedient. Wer ein „Palästina vom Jordan bis zum Mittelmeer“ (from the river to the
33 sea, Palestine will be free) fordert, ruft zur Vernichtung Israels auf und billigt die Gewalt und
34 den Terror. **Das dürfen wir nicht dulden!**

35 Antisemitismus ist nicht nur ein Problem der Zuwanderung und Migration, das zu lange
36 vernachlässigt wurde. Antisemitismus kennen wir auch bei Rechtsextremisten,
37 Linksextremisten und bei Anhängern von Verschwörungstheorien. Der Nahostkonflikt ist seit
38 vielen Jahrzehnten eine große Herausforderung der internationalen Politik. Kein politischer
39 Konflikt rechtfertigt diese Verachtung und den feigen Massenmord an über tausend
40 unschuldigen Menschen. Wir erleben teilweise auch in öffentlichen Diskussionen und in den
41 Medien den Versuch einer Täter-Opfer-Umkehr. Die Grenze zwischen Kritik an Israel und
42 Antisemitismus wird dabei oft überschritten.

43 Die Bekämpfung von Antisemitismus ist eine Aufgabe der Gesamtgesellschaft. Der
44 Rechtsstaat muss klar zeigen, dass es keine falsche Toleranz gibt. Resonanzräume für
45 Antisemitismus müssen jetzt geschlossen werden. Nirgendwo in Deutschland darf es möglich
46 sein, ungehindert und ungestraft antisemitische Verschwörungstheorien zu verbreiten und
47 Terrorismus zu verherrlichen. Der Rechtsstaat muss von seinen Möglichkeiten Gebrauch
48 machen, sodass die roten Linien nicht weiter überschritten und Tabus nicht weiter gebrochen
49 werden.

50 **Unser Standpunkt ist klar: Israels hat unsere volle Solidarität und ein**
51 **Selbstverteidigungsrecht!**

52 Die Existenz und damit auch die Sicherheit des Staates Israels ist deutsche Staatsräson und
53 gehört untrennbar zu den Prinzipien unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung.
54 Deutschland trägt aufgrund seiner Geschichte eine besondere Verantwortung, die wir als CDU
55 als Teil unserer christdemokratischen Identität annehmen.

56 Unsere Partnerschaft mit Israel basiert auf gemeinsamen demokratischen Werten. Dazu
57 gehört z.B. auch die Religionsfreiheit. Wir erkennen an, dass Israel ein völkerrechtlich
58 verbrieftes Recht auf Selbstverteidigung hat. Deutschland muss dabei ein starker und
59 verlässlicher Verbündeter sein. **Wenn das Existenzrecht Israels bedroht ist, gibt es für**
60 **Deutschland nur einen Platz: An der Seite Israels.**

61 Jüdisches Leben, jüdische Einrichtungen und die jüdische Kultur gehören zu Deutschland
62 und zu Thüringen: Die wahrscheinlich älteste und am besten erhaltene Synagoge Europas
63 steht in Erfurt. Die alte Synagoge ist seit September 2023 UNESCO-Welterbe. Niemand darf
64 wegen seines jüdischen Glaubens Angst haben, in Deutschland und Thüringen zu leben.

65 **Unsere Forderungen:**

- 66 • Harte Konsequenzen für Terroristen und ihre Unterstützer: Das geltende Strafrecht muss
67 dringend angewendet werden. Wir unterstützen zudem den Vorstoß der CDU-
68 Landtagsfraktion, Antisemitismus härter zu bestrafen. Sympathiewerbung für Terror-
69 Organisationen muss unter Strafe gestellt werden. Der Straftatbestand des
70 Landfriedensbruchs muss so ausgestaltet werden, dass auch die Beteiligung an einer
71 feindseligen Menschenmenge wieder unter Strafe gestellt wird. Dem **Missbrauch des**
72 **Demonstrationsrechts** zur Gewaltverherrlichung und Solidarisierung soll so Einhalt
73 geboten werden.
- 74 • Bei **Einbürgerungen** ist das Bekenntnis zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung
75 erforderlich. Jegliche Form von Antisemitismus ist mit dem demokratischen
76 Grundverständnis unvereinbar. Das **Bekenntnis zum Existenzrecht Israels** ist in dem
77 Zusammenhang unerlässlich.
- 78 • Alle direkten und indirekten **Zahlungen Deutschlands und der EU an staatliche und**
79 **nicht-staatliche Organisationen der Palästinenser**, die geeignet sind, den Terror der
80 Hamas zu unterstützen, sind einzustellen. Nur wer sich klar und zweifelsfrei von Terror
81 distanziert und sich zum Existenzrecht Israels bekennt, kann zukünftig finanzielle
82 Unterstützung vom deutschen Steuerzahler erhalten.
- 83 • **Muslimische Organisationen und Verbände** in Deutschland fordern wir auf, sich klar und
84 unmissverständlich von der Gewalt der Hamas in Israel zu distanzieren. Von den
85 Islamverbänden darf es in Worten und Taten keine Zweideutigkeiten mehr geben: Der

- 86 Terrorismus der Hamas muss schärfstens verurteilt werden. Sämtliche
87 Sympathiebekundungen für die Hamas und ihre Taten müssen unterbunden bzw.
88 sanktioniert werden.
- 89 • Wir brauchen De-Radikalisierungskonzepte in unseren Justizvollzugsanstalten. Selbst
90 unsere Gefängnisse dürfen kein Ort der weiteren Radikalisierung sein. Die Abkehr von
91 Antisemitismus muss für verurteilte Straftäter ein Bestandteil ihrer Rückkehr in die
92 Gesellschaft sein.
 - 93 • Wir fordern eine bessere Erfassung **antisemitischer Vorfälle**. Für die Erhebung und
94 Dokumentation sind dabei bundesweite einheitliche Maßstäbe und Definitionen
95 unerlässlich.
 - 96 • **Bildung ist der Schlüssel zur Bekämpfung von Hass und Antisemitismus:** Es braucht
97 spezielle Fortbildungsangebote und Materialien in leichter Sprache zu diesem Thema.
98 Schülerinnen und Schüler müssen altersgerecht informiert werden, um die Situation in
99 Israel und den geschichtlichen Hintergrund angemessen beurteilen zu können. Schulen
100 müssen Orte des Friedens und der Toleranz sein, an denen Hass und Antisemitismus
101 keinen Platz hat. Die von der Thüringer Linkskoalition geplante Kürzung im Fach
102 Sozialkunde ist das völlig falsche Signal. Politische Bildung darf nicht fakultativ, sondern
103 muss verpflichtend sein.
 - 104 • **Universitäten** müssen im Kampf gegen Antisemitismus so unterstützt werden, dass
105 unbürokratisches und schnelles Eingreifen im Falle antisemitischer Vorfälle ermöglicht
106 wird. Neben der generellen Strafverfolgung sollten auch Exmatrikulationen als Mittel der
107 Konsequenz in Betracht gezogen werden.
 - 108 • Muslimischer Antisemitismus muss bei der **Integration** vor allem junger Menschen
109 stärker in den Blick genommen werden. Dazu braucht es zusätzliche Schulungen sowie
110 Aufklärungs- und Bildungsarbeit für Verantwortliche in der **Kinder- und Jugendarbeit**. In
111 allen Bereichen, in denen muslimische Migranten betreut werden, braucht es eine
112 größere Sensibilität.
 - 113 • Der **deutsch-israelische Austausch** ist ein wichtiges Instrument für Verständigung und
114 Frieden. Da angesichts der aktuellen Lage keine Schulklassen oder Gruppen nach Israel
115 reisen können, müssen andere Formen des **interkulturellen Austausches** stattfinden. So
116 könnten Projekte initiiert oder gefördert werden, bei denen bspw. junge Israelis nach
117 Deutschland eingeladen werden, um in Schulen oder anderen Einrichtungen mit Kindern,
118 Jugendlichen aber auch Erwachsenen in den Dialog zu treten.
 - 119 • Wir begrüßen ausdrücklich die Initiative, das von der Bundesregierung geplante **Deutsch-**
120 **Israelische Jugendwerk am Standort Weimar** zu errichten.
 - 121 • **Erinnerungsorte und Gedenkstätten in Thüringen**, aber auch Bildungswerke und die
122 Landeszentrale für politische Bildung leisten seit vielen Jahren einen wertvollen Beitrag
123 gegen Antisemitismus in der Gesellschaft. Wir ermutigen alle Akteure, das Engagement zu
124 intensivieren, die Erinnerungsorte zu erhalten und sagen unsere Unterstützung zu.
 - 125 • Jüdisches Leben zu unterstützen ist für uns nicht nur eine Floskel, sondern ein **Auftrag**
126 der gesamten **Zivilgesellschaft**. Das fängt bei jedem Einzelnen an. Wir ermutigen jeden,
127 sich auch **im Alltag gegen Antisemitismus** in jeder Form zu stellen und zu **bekennen**.
- 128 **NIE WIEDER IST JETZT!**